

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 15 (1995)

Heft: 29

Artikel: EU-Entwicklungsperspektiven und -blockaden

Autor: Ziltener, Patrick

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EU-Entwicklungsperspektiven und -blockaden

„Gehen wir einem Niedergang des nationalen Staates entgegen zugunsten von zwischenstaatlichen, para-staatlichen oder supra-staatlichen Formen?“ Nicos Poulantzas stellte diese Frage in seiner „Forschungsnotiz über Staat und Gesellschaft“ (1983) und beantwortete sie dahingehend, dass der nationale Staat Kern- und Knotenpunkt der Herrschaft bleiben werde. Er räumte aber ein, dass die stattfindende Internationalisierung „bedeutende Transformationen dieses Staates“ zur Folge haben kann. Insbesondere warf er die Frage des Machtgewinns multinationaler Konzerne in ihrem Verhältnis zum Nationalstaat auf. Der EG-Integrationsschub Mitte der 80er Jahre (Binnenmarktpunkt und flankierende institutionelle Reformen im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte) ging ja im Kern auf ein Bündnis westeuropäischer transnationaler Konzerne mit der EG-Kommission zurück, das vor diesem Hintergrund durchsetzungsfähig wurde (vgl. v.a. Sandholtz/Zysman 1992, Cameron 1992, Bornschier/Fielder 1995).¹

Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und ein bisschen weniger euphorisch auch die Gewerkschaften stellten sich von Anfang an voll hinter das Binnenmarktpunkt (vgl. Hagen 1992). Noch ausgeprägter wurde die EG im Verlaufe der 80er Jahre in EFTA-Staaten zur Hoffnungsträgerin. Auch in der Schweiz verknüpften Teile der Linken politische Projekte mit dem EU-Integrationsprozess. Ist die EU auf dem Weg zur „Zukunftsgemeinschaft Europa“, geprägt von Solidarität und der Überwindung von Nationalstaatlichkeit (VPOD 1991)? Schafft Europa „für uns den politischen Raum, in dem die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme wieder gelöst werden können“ (SPS-Euromanifest 1991)?² Oder anders formuliert: Ist die EU Teil des Problems oder Teil der Lösung?³

Im folgenden habe ich einige neuere Forschungsergebnisse und Argumente aus sozialwissenschaftlichen Debatten zusammengetragen sowie einige eigene, regulationstheoretisch inspirierte Überlegungen angefügt. Leitendes Interesse war, angesichts abnehmender Regulierungskapazitäten der Nationalstaaten und zunehmender supranationaler Regulierungsnotwendigkeiten, die Chancen einer politischen „Re-Regulierung“ auf europäischer Ebene einzuschätzen. Dies kann nur über den Weg der Anknüpfung an kritische Gesellschaftstheorie gehen, auch wenn das manchmal als Umweg erscheinen mag.

Staatlichkeit und Regulation auf europäischer Ebene

Bei der Analyse der „europäischen Staatlichkeit“ muss es um die Überwindung jener „juridisch-konstitutionalistischen Staatskonzeption“ (Poulantzas 1983, 100) mit ihrer Konzentration auf hochformalisierte politische Prozesse und rechtliche Verfahren gehen, die weite Teile der Integrationstheorie immer noch dominiert.⁴ Diese sowie der implizite „teleologische Föderalis-

mus“ (Streeck 1994), eine normative, oft geschichtsphilosophisch begründete Vorstellung einer „Staatswerdung Europas“, die die Realität der EU an der Idee eines europäischen Staates als supranationaler Reproduktion des Nationalstaates abmisst – das alles führte und führt immer noch dazu, dass deren Besonderheiten gerade nicht in den Blick kamen.

Ausgangspunkt ist die Unterscheidung intergouvernementaler (d.h. auf Kooperation nationaler Regierungen beruhender) und supranationaler („vergemeinschafteter“) Elemente im politischen System der EU. Nur aufgrund der letzteren bilden sich eigentliche „*korporative Akteure*“ mit einem spezifischen „europäischen“ Eigeninteresse (Kommission, Gerichtshof, das Europäische Parlament – letzteres aufgrund geringer Kompetenzen allerdings in viel kleinerem Masse). Ministerrat und Europäischer Rat, bestehend aus den nationalen Regierungen bzw. deren Fachminister, sind eher Politikarenen, in denen die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten aufeinanderprallen und vermittelt werden (Schneider/Werle 1989). Sie sind das eigentliche Machtzentrum; sie haben es geschafft, ihre Position als „masters of the Community“ (Streeck 1994, 2) zu verteidigen.⁵

Damit wird eine weitere wichtige Unterscheidung möglich: Nicht jede Kompetenzverlagerung („Europäisierung“) ist eine wirkliche „Supranationalisierung“; es kann sich um ein blosses „pooling“, um ein Zusammenlegen von Kompetenzen unter Beibehaltung des intergouvernementalen Prinzips handeln. Daneben gibt es viele Politikfelder, in denen komplexe Mischformen dominieren. Indikatoren sind die Kompetenzen der supranationalen Institutionen und die Entscheidungsstruktur im Ministerrat (Einstimmigkeitsprinzip oder Mehrheitsabstimmungen) in dem jeweiligen Politikfeld. So ist z.B. der Bereich der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU ein typischer „pooling“-Fall; wirklich „vergemeinschaftete“ Bereiche sind die Agrarpolitik und die Aussenhandelsregulierung.

Auch das „Poolen“ bedeutet eine Verschiebung von Kompetenzen, nämlich weg von den nationalen Parlamenten und Interessenvermittlungssystemen hin zu den nationalen Regierungen. Klaus Hänsch, Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD, beschreibt diesen Prozess so: „Aus dem Verzicht auf nationale Souveränität, häufig als historische Leistung gefeiert, ist in Wahrheit eine innerstaatliche Kompetenzverschiebung geworden: Die nationale Parlamente verloren wesentlich Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, während die nationalen Regierungen das Recht der europäischen Gesetzgebung hinzugewannen.“ (Hänsch 1989, 218)

Heute ist die EU stärker als eine internationale Organisation oder ein internationales Regime, aber schwächer als ein Staat (Keohane/Hoffmann 1990). In dem Masse, wie die EU supranationale Strukturelemente entwickelt, Regulationsfunktionen im Rahmen der viele Instanzen umfassenden Staatstätigkeit in den westeuropäischen Ländern wahrnimmt, direkt eigene finanzielle Ressourcen und Legitimation organisiert, gewinnt sie Konturen eines Staatsgebildes. Insofern ist der europäische Integrationsprozess tatsächlich Staatsbildung in Europa, eine „Entwicklung vom Zweckverband zur Staatsbildung“ (Lepsius 1991a, 312).

Der politische Prozess auf EU-Ebene: Die „leise Revolution durch Verwaltungsverfahren“

Es gibt mehrere interessante neuere Versuche, das politische System „Europäische Union“ jenseits von der Idee des „unfertigen europäischen Staates“ zu beschreiben. Nach der Bielefelder Soziologin Adrienne Windhoff-Héritier (1993, 110) verwehrt die Vorstellung des Integrationsprozesses als einem Überstülpen einer zusätzlichen obersten Handlungsebene den „Blick auf die komplizierten Verflechtungen, die sich zwischen den verschiedenen politischen und administrativen Ebenen, staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gebildet haben“.

Das politische System der EU ist dadurch gekennzeichnet, dass Kompetenzen stark segmentiert und fragmentiert sind, und zwar sowohl horizontal wie vertikal als auch innerhalb und zwischen den Institutionen. Gleichzeitig wird aber auch ein sehr hoher Verflechtungsgrad der einzelnen Institutionen und Ebenen festgestellt (Eising/Kohler-Koch 1994). Auch innerhalb eines Politikfeldes variieren die Konstellationen der Akteure, die Probleminterpretationen und Problemlösungsansätze je nach Phase und Ebene. Die Politikfeld-Forschung schlägt ein „Bild verbundener politischer und administrativer Entscheidungsarenen oder Netzwerke, in denen Akteure kreuz und quer Verbindungen aufbauen, um Einfluss auszuüben“ (Windhoff-Héritier 1993, 110) vor. Supranationale und nationalstaatliche Akteure nehmen sich „wechselseitig in Dienst“. Die Folge ist eine grosse Unübersichtlichkeit der Koalitions-, Konflikt- und Kooperationsmöglichkeiten, was die Gestaltung kohärenter Politik erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

Auch jenseits von rechtspopulistischen Vorwürfen wurde der Integrationsprozess als „*bürokratisch*“ bezeichnet. Der Soziologe Bach (1993) spricht von einer „expertokratischen Funktionselite“ als „sozialer Trägerschicht“ einer „technokratischen Regimebildung“. Der grösste Teil der Regulierungsarbeit wird durch Policy-Spezialisten im Rahmen der im wesentlichen von den Planungsstäben der Kommission koordinierten informellen Policy-Netzwerken bewältigt. Die Zuschreibung von Verantwortlichkeit ist sehr schwierig. Nachträgliche Korrekturen von rechtswirksamen Beschlüssen der EG sind nicht vorgesehen: „Weder die nationalen Gerichte noch die Parlamente noch die Regierungen können wirksame Revisionskompetenzen geltend machen“ (Bach 1993, 266). Für Lepsius (1991b, 20) ist die Vernetzung von bürokratischen Experten und Verbandsvertretern die „Basis der Planungs- und Steuerkapazität der Kommission“.

Dabei ist festzuhalten, dass Bürokratie-Kritik sich nicht auf die angeblich übermächtige Staatsapparate in Brüssel beziehen darf. Denn diese sind eher schwach, nicht nur, weil die Implementationsaufgaben bei den Nationalstaaten liegen. Die Unterschiedlichkeit nationaler Regulierungstypen und Verwaltungstraditionen reproduziert sich auf europäischer Ebene. Die bestehende EU-Bürokratie ist stark segmentiert und von unterschiedlichen Verwaltungsstilen geprägt; viele Politikfelder der EU sind durch die Auseinander-

setzung zwischen verschiedenen Regulierungstypen gekennzeichnet. So hat z.B. eine Untersuchung der EU-Umweltpolitik einen „regulativen Wettbewerb“ in der Politikgestaltung zwischen dem „Schrittmacher“ Deutschland, das in den 80er Jahren dominierte, und Grossbritannien, dessen „flexibilisierter“ Regulierungsstil sich mehr und mehr durchsetzt, aufgezeigt (Héritier/Mingers/Knill/Becka 1994). Den EU-Apparaten fehlt in vielen Bereichen eine eigene, relativ unabhängige, sozusagen „autonome“ Umsetzungs- und Gestaltungskompetenz, was den nationalen Beamtenkadern und vor allem den etwa 800 Lobby-Organisationen⁶ in Brüssel beträchtliche Einflussmöglichkeiten verleiht.

In der EG entwickelte sich aufgrund dessen ein weitverzweigtes Netzwerk von Beratern und Experten, die im Rahmen einer Vielzahl von formalisierten oder informellen Verhandlungsrunden und Beratungsgremien in den Entscheidungsprozess eingebunden werden (vgl. Tömmel 1992, 205ff; Joerges 1991, 253). Die „Unübersichtlichkeit“ der Einflussnahme wird verstärkt durch die mangelnde Institutionalisierung und Systematisierung des Zugangs von Verbänden zur Kommission, welche diesen relativ willkürlich und beliebig ändert.⁷ Aufgrund der Hegemonie der Marktintegration in der EG-Politik, aufgrund des Bedarfes der Kommission an externer Information und Expertise (schwache Bürokratien) und des Systems der Komitologie⁸ sehen Eising/Kohler-Koch (1994, 191) und Nollert (1995) in der EU im Vergleich mit den nationalstaatlichen Ebenen eine deutliche Machtverschiebung zu gunsten privater, partikularer Interessen.

Strukturwandel der westeuropäischen Integration

Aus regulationstheoretischer Perspektive⁹ interessiert der Zusammenhang des Umbaus der fordertisch-keynesianischen Regulationsweise in immer mehr westeuropäischen Ländern (Deregulierung, Abbau der Interventionsinstrumente und des öffentlichen Sektors, Aufkündigung oder Erosion neokorporatistischer Arrangements)¹⁰ mit dem Integrationsschub der 80er Jahre. Die Verbindung der europäischen Integration in den 80er Jahren mit Deregulierungselementen zeigt sich am deutlichsten im Wechsel vom Prinzip der *institutionellen Harmonisierung* zu demjenigen der gegenseitigen Anerkennung nationaler Regulationsstandards (*funktionale Harmonisierung* oder *regulative Konkurrenz*).¹¹ „Nach der Logik der regulativen Konkurrenz soll ... die Abgrenzung zwischen wettbewerblichen und nicht-wettbewerblichen Regelungsmustern nicht mehr als normative und gesetzgebungs-politische Problematik begriffen werden, sondern die ökonomische Rationalität soll sich ausserhalb politisch-rechtlicher Verfahren gegenüber den von demokratisch legitimierten Gesetzgebern verfolgten Anliegen durchsetzen dürfen.“ (Joerges 1991, 253)

Bei der regulativen Konkurrenz geht es um die „Korrektur ökonomischer und sozialer Regulierungen durch ein wettbewerbliches Regime“ (ebd., 259). Mit diesem Prinzip wird Wettbewerb tendenziell „von der Sphäre der Leistungen auf die Sphäre der Rahmenbedingungen, der Systeme“ ausge-

dehnt (Franzmeyer 1991, 30; vgl. 1993, 343; Huffschenid 1989, 50; Baumann 1995). Nach Wegner wurde der „anfängliche Weg einer Koordinierung und Harmonisierung von staatlichen Aktionen“ durch die EG im Verlaufe der 80er Jahre zunehmend „ergänzt durch eine mehr mikroökonomische und marktwirtschaftliche Methode der Annäherung“, damit der „steckengebliebene Versuch der Harmonisierung von oben“ zum Teil aufgegeben und durch die „Annäherung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen über den Druck der Märkte und den Standortwettbewerb zwischen Staaten ergänzt“ (Wegner 1991, 24). Markterweiterung durch Integration wird damit verbunden mit Marktintensivierung durch Deregulierung: „... beide Ansätze ergeben in der Konsequenz den ausgedehnten, grösseren (west)europäischen Markt, der weniger reguliert ist als es die nationalen Märkte zuvor gewesen sind“ (Altvater/Mahnkopf 1993, 75).

Die besondere Praktikabilität dieser Integrationsstrategie liegt darin, „dass sie keine verfassungspolitischen Kontroversen heraufbeschwört und nationale Souveränität einer Subversion durch Marktkräfte aussetzt, anstatt sie durch Verträge zu beschneiden“ (Kreile 1989, 31). Sie verkennt aber, dass es für die gesellschaftliche Stabilität des sich herausschälenden Akkumulationsregimes eine kohärente Regulationsweise mit hoher gesellschaftlicher Legitimität, und damit mehr als ‘negative Integration’ braucht. Zudem unterliegt ihr ein harmonistisches Verständnis ökonomischer Prozesse; sie hat dementsprechend „kein Rezept für die politische Bewältigung der Kosten (...), die die Intensivierung des Wettbewerbs und der Abbau des Interventionsstaates mit sich bringen“ (ebd.).

Das Projekt einer Währungsunion, wie in Maastricht 1991 beschlossen, bestätigt die „ökonomistische“ Schlagseite der gegenwärtigen europäischen Integrationsweise. Eine statutengemäße Stabilitätspolitik mit einer unabhängigen europäischen Zentralbank schränkt die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik drastisch ein, ohne auf europäischer Ebene vergleichbare politische Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Zürcher Wirtschaftswissenschaftler Bohley (1993, 41) geht davon aus, dass sich erheblich voneinander abweichende Verteilungsvorstellungen in einem gemeinsamen Währungsgebiet kaum noch durchsetzen lassen werden. Die Herstellung der „monetären Stabilitätsgemeinschaft“ ist ein „Vehikel der nationalen und regionalen Fragmentierung und zugleich der Disziplinierung von sozialen Gruppen und deren Interessen“ (Altvater/Mahnkopf 1993, 88).

Selbstverständlich lässt sich die Erosion der Regulierungskapazitäten der westeuropäischen Nationalstaaten nicht allein auf die EG-spezifische Integrationsweise zurückführen; vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass steigende Interdependenz unter Wettbewerbsbedingungen grundsätzlich die Spielräume nationalstaatlicher Regulierung begrenzt. Die Ebene der EG gewinnt in den 80er Jahren als zentrale Schiene der Beförderung dieser Prozesse, vor allem durch die Restriktion nationaler Wirtschaftspolitik und die unmittelbarere Durchsetzung von Anpassungzwängen, entscheidend an Bedeutung für den Umbau nationalstaatlicher Regulationsweisen. Vor allem diejenigen Nationalstaaten geraten so unter Flexibilisierungsdruck, die die

Wende zur neoliberalen Deregulierungspolitik nicht oder noch nicht vollständig vollzogen haben.

Innerhalb des europäischen Integrationsprojektes fand in den 80er Jahren also eine Verschiebung der vorher schon prekären Balance zwischen Markt- und Politikintegration statt. Nach Franzmeyer (1991, 35) hat sich gegenüber den 70er Jahren das Verhältnis von Markt- und Politikintegration seit 1985 umgekehrt: „Damals bestimmte das Mass an Politikintegration den ökonomischen Integrationsfortschritt. Heute hat sich mit dem im Prinzip der gegenseitigen Anerkennung implizierten partiellen Verzicht auf Politikintegration – im Sinne von Rechtsangleichung – und einigen mutigen politischen Grundsatzbeschlüssen der Prozess der Marktintegration in Grenzen verselbständigt und zieht mit dem dadurch ausgelösten Entscheidungsdruck weitere Politikintegration nach sich. Soweit dieses ausbleibt (so möglicherweise bei der Steuerharmonisierung oder im Umweltschutz), wird sie durch Assimilation der Systeme unter wirtschaftlichem Druck ersetzt. Sowohl die unter Druck vollzogene Politikintegration als auch die Folgen eines Nicht-Vollzuges ergeben im Zweifel keine optimale Lösungen.“

Die Entwicklung der westeuropäischen Integration kann insgesamt als Prozess gesehen werden, der zur „Herausbildung eines ‘offenen’ politischen Systems sowie offener Formen der Politikgestaltung und -implementation führt und seinerseits die nationalen politischen Systeme nachhaltig beeinflusst und transformiert in Richtung auf eine weitergehende Modernisierung und Flexibilisierung staatlicher Politiken“ (Tömmel 1992, 186).

Eurokorporatismus als Ausweg?

In den fordertisch-keynesianischen Gesellschaftsformationen war der zentrale Ort des Kapital-Arbeit-Kompromisses das nationalstaatliche, korporatistisch organisierte politische System. Starke, zentralisierte, umfassend organisierte Interessenverbände sind eine Voraussetzung¹² für solche politische Kompromissstrukturen.

Mit der *These* von der Interdependenz von Staatlichkeit und Verbändesystem wird die Wichtigkeit eines entwickelten Verbändesystems für die Entwicklung von Staatsfunktionen in den Vordergrund gestellt, und umgekehrt: die Voraussetzung eines bestimmten Masses an „Staatlichkeit“ für die Entwicklung eines intermediären Systems. Die „Staatswerdung Europas“ ist danach ganz entscheidend von der Entwicklung eines europäischen Verbändesystems abhängig. Man hat dies auf den Begriff der „Ko-Evolution politisch-administrativer und verbandlicher Strukturen“ (Eichener/Voelzkow 1994) gebracht.

Entsprechend der Interdependenz-These reflektiert die aktuelle Struktur des europäischen Verbandssystems tatsächlich diejenige der EU: keine zentralisierten Struktur, sondern ein komplexes Mehrenbensystem, geprägt durch funktionale Segmentierung. Die Interessenrepräsentation in und um die EU ist nach Streeck/Schmitter (1991) eher als pluralistisch denn als korporatistisch zu bezeichnen. Organisatorisch fragmentiert, nur gering

hierarchisiert, oft sogar intern kompetitiv strukturiert können die Euro-Spitzenverbände nur sehr beschränkt ihre Funktion der internen Interessenformulierung und -bündelung wahrnehmen.

Nach Streeck/Schmitter entschied es sich Mitte der 70er Jahre, dass das Brüsseler System funktionaler Repräsentation nicht als „Supranationalisierungsmotor“ werde fungieren können. Nur für eine kurze Phase zwischen 1970 und 1974 sah es aus, als ob die politische Linke und Gewerkschaften auf westeuropäischer Ebene die gleichen substantiellen institutionalisierten Kompromissstrukturen durchsetzen könnten wie in vielen Nationalstaaten. Das war auch die Zeit, als bei der Regulierung der Stahlkrise korporatistische Politikmuster dominierten (Grunert 1987) und auch einige sozialpolitische Programme zustande kamen (ein „sozialer Frühling“, vgl. Baumann 1995, 16). Das Ende dieser Bemühungen kam 1978, als der stärkste Verfechter eines Euro-Korporatismus, der Europäische Gewerkschaftsbund, wegen deutlichen Niederlagen und wachsender Dissidenz in den eigenen Reihen, die Hoffnung auf entscheidende Reformschritte auf und mittels der „europäischen Ebene“ aufgab.

Ein korporatistisches Interessenvermittlungssystem entsteht aufgrund einer gegenseitig organisierenden Wechselwirkung zwischen Kapital, Arbeit und Staat; es gibt eine Reihe von Gründen, die eine solche Entwicklung auf EU-Ebene *be-* oder wahrscheinlich sogar *verhindern*.¹³ Lepsius (1991b, 31) sieht strukturelle Hindernisse „schon wegen der Aggregationshöhe und der Diffusität der Kompatibilitätsprüfung der Verhältnisse in den zwölf Mitgliedsländern“. Für Streeck/Schmitter (1991) ist es insbesondere das Übergewicht des Intergouvernementalismus in Form des Ministerrats, das die Entwicklung supranationaler Institutionen der Interessenvermittlung verhinderte. Dazu kommt das Fehlen einer „europäisierten“ Civil society.

Neben institutionellen Faktoren kommen aber auch divergierende Interessen der zentralen Akteure Arbeit und Kapital zum Tragen. Es gibt keine Kapitalfraktion mit einem Interesse an europäisch zentralisierten Verhandlungen mit Gewerkschaften. Lobbyisten einzelner transnationaler Unternehmen und sektorale Verbände suchen Protektion und (De-)Regulierung ihrer spezifischen Produktmärkte direkt oder über die Beeinflussung nationaler Regierungen (vgl. Eising/Kohler-Koch 1994, Greenwood/Grote/Ronit 1992). Neokorporatistische Arrangements auf europäischer Ebene werden schon dadurch verhindert, dass die nationalen den Euro-Verbänden einfach das Recht nicht erteilen, bindende Verpflichtungen einzugehen; damit können sämtliche EU-Bemühungen wie etwa der „soziale Dialog“ auf einem rein konsultativen, „weichen“ Status gehalten werden. Nach Streeck/Schmitter (1991, 141) gehen die meisten Frustrationen der Linken in bezug auf das europäische Integrationsprojekt auf die politische Stärke des Kapitals zurück, die es aus der (gewollten) eigenen organisatorischen Schwäche auf der europäischen Ebene ziehen konnte (vgl. Ebbinghaus/Visser 1994, 249).

Nach Eising/Kohler-Koch (1994) besteht auf Unternehmerseite kein Anreiz, Gewerkschaften durch Konzertierungsmechanismen auf europäischer Ebene aufzuwerten, um sich dann ihren eigenen Handlungsspielraum

durch gemeinschaftsweite Vereinbarungen einschränken zu lassen;¹⁴ in diesem Sinne ist ihrer Einschätzung nach eine Aufwertung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und damit eine vertikale Verlagerung der politischen Gewichte auf die europäische Ebene zu Lasten der nationalen Gewerkschaften gegenwärtig nicht zu erwarten.

Auf der anderen Seite stehen interne Interessendifferenzen und Organisationsprobleme der *Gewerkschaften*.¹⁵ Ebbinghaus/Visser (1994) gehen davon aus, dass sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern (unterschiedliche nationale Konfliktstrukturen, soziale Mobilisierungsmuster, Interessenvermittlungsformen und Verrechtlichungsgrad, gewerkschaftliche und parteipolitische Ziele, Allianzen und Machtressourcen) und damit die Interessendifferenzen in den 80/90er Jahren sogar noch vergrößert haben. Auch sie führen die geringe „Transnationalisierung“ der Verbände auf das Fehlen eines „Sog-Effektes“ auf europäischer Ebene zurück. Die Kommission ist zwar durchaus interessiert an einer stärkeren Einbindung der Gewerkschaften, aber „unfähig, die Hauptverbände von Kapital und Arbeit mit quasi-“öffentlichen Status“ auszustatten, wie es manche Regierungen auf nationaler Ebene taten“ (Ebbinghaus/Visser 1994, 246). Die spezifische Struktur der EU wirkt sich zum Nachteil der Arbeitnehmerinteressen aus, gerade in der Arbeits- und Sozialpolitik, wo weiterhin der intergouvernementale Charakter vorherrscht (vgl. Baumann 1995, 51). Die nationalen Regierungen können leicht eine „reaktive Strategie“ verfolgen. „Die Arbeitgeber können sich hinter ihren Regierungen verstecken, die ihre Veto macht ausüben können. Sie können sich weiter auch darauf verlassen, dass die Deregulierungspolitik der ‘gegenseitigen Anpassung’ einen Regimewettbewerb in der Arbeits- und Sozialpolitik antreibt. Die Gewerkschaften haben jedoch manches zu befürchten angesichts der ‘Regulierungslücke’ zwischen der fehlenden EU-Regulierungskompetenz und dem Deregulierungsziel der Mitgliedstaaten (wie auch des EU-Vertrages). Im Gegensatz zu den Arbeitgebern können sich die Gewerkschaften nicht auf eine reaktive Politik, die auf die nationalen Regierungen setzt, verlassen. Abgesehen von ihren Schwächen, kommen proaktive Re-Regulierungsbemühungen schnell zum Stillstand angesichts der polymorphen EU-Entscheidungsfindung mit der Veto macht der nationalen Regierungen und der Arbeitgeber-Blockade-Strategie.“ (Ebbinghaus/Visser 1994, 245f)

Chancen für die Entwicklung eines „Euro-Korporatismus“ bestehen am ehesten auf *Konzernebene* (vgl. Nollert 1995). Die Realisierung des Binnenmarktes hat nicht nur einen Konzentrationsprozess, sondern auch innere Reorganisationen bei vielen Euro-Multis ausgelöst oder beschleunigt, nämlich die Schaffung sogenannter integrierter Management-Strukturen (vgl. UNCTAD 1994). Diese Umstrukturierungen befördern den Trend zu betriebsspezifisch ausgestalteten Beschäftigungsverhältnissen und ebensolchen Arbeitnehmervertretungen. Die „These von der Entstehung eigenständiger europaweiter Systeme der Arbeitsbeziehungen innerhalb Transnationaler Konzerne“ (Schulzen 1995, 105) betont in diesem Zusammenhang die Funktion der EU-Richtlinie über die „Einsetzung eines Europäischen Be-

triebsrates oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“, die im Sept. 1994 verabschiedet wurde. Abgesehen von der Kritik an deren „Menücharakter“, der gut zum „neovoluntaristischen“ Charakter der EU-Sozial- und Arbeitsmarktpolitik passt (Streeck 1994), wird vor allem die weitere Untergrabung nationaler Regulierungssysteme und die Entstehung eines dualistischen Systems der Arbeitsbeziehungen in Europa befürchtet. Zudem würde die Herauslösung der transnationalen Konzerne aus den nationalen Tarifbünden zu einer „substantiellen Schwächung der Gewerkschaften führen und damit die soziale Heterogenisierung und Segmentierung von Beschäftigungsverhältnissen weiter vertiefen“ (Schulten 1995, 109). Ein „Euro-Korporatismus“ auf einzelbetrieblicher Ebene ist also mindestens als zweischneidig zu betrachten.

Generell hat die zunehmende „Europäisierung“ des Interessenvermittlungssystems eine *Selektionsfunktion*. Aufgrund der spezifischen Struktur des der EU vorgelagerten Interessenvermittlungssystems und ihrer institutionellen Struktur (Übergewicht der intergouvernementalen Elemente, Segmentierung der Kompetenzen, Demokratie- und Transparenzdefizit, hohe Beeinflussbarkeit aufgrund schwacher Staatsapparate) ergibt sich bei der Einflussnahme auf die europäische gegenüber der nationalstaatlichen Regulierungsweise eine deutliche Machtverschiebungen (vgl. Tömmel 1994). Am Beispiel der nationalen deutschen Normungsorganisation zeigen Eichener/Voelzkow, wie bestimmte Interessen „auf dem Weg nach Brüssel verloren gehen“. Sie führen das vor allem auf die materiellen Voraussetzungen der Beteiligung an Normung auf europäischer Ebene zurück, die für verschiedene Interessengruppen deutlich schlechter sind als auf nationaler Ebene. Diese Form der Selektion sei gerade aus der Sicht von Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutzinteressen äußerst problematisch (Eichener/Voelzkow 1994, 282).

Stärker bewegungsförmige politische Akteure haben noch grössere Schwierigkeiten, Einfluss auf die Ausgestaltung europäischer Regulierungen zu nehmen. „Brüssel ist der Ort der geräuschlosen Lobbies, und nicht der lärmenden Protestakteure.“ (Gerhards 1993, 104) Die Kommission versucht zwar, die partizipationsschwachen Organisationen zu stärken; dies wird aber von interessierter Seite stark behindert.

Gefährdete Balance

Durch die deutliche Dominanz der ‘negativen Integration’, der Liberalisierungselemente und der regulativen Konkurrenz in der EU bedeutet eine „Europäisierung“ der politischen Prozesse die Verschiebung mehrerer schon in den nationalstaatlichen politischen Systemen problematische und gefährdete „Balancen“:

- von Parlamenten zu Regierungen und Bürokratien;
- von ‘zivilgesellschaftlichen’ Akteuren zu Institutionen;
- von umfassenden Verbänden zu partikularistischen Lobbies;

- von korporatistischen zu pluralistischen Interessenvermittlungsstrukturen;
- von Regulierungsharmonisierung zur regulativen Konkurrenz;
- von einer marktkorrigierenden zu einer marktderegulierenden Regulationsweise.

Die EU kann diese Funktion der Transformation von „Staatlichkeit“ gerade deshalb übernehmen, weil sie als relativ ‘offenes’ politisches System jenseits der korporatistisch vermittelten, durch eine politische Öffentlichkeit kontrollierten und manchmal auch partizipatorisch geöffneten nationalen politischen Systeme ‘unbelastet’ politische Integrationsstrategien entwerfen kann. Viele Zuständigkeiten werden ‘vertikal’ aus den nationalen Politikgeflechten isoliert und können deshalb „vor Konfrontationen mit anderen Rationalitätskriterien“ geschützt werden (Lepsius 1991b, 31). Die neue, flexibilisierte, enthierarchisierte Form von Staatlichkeit (vgl. Süss 1993, 320) dürfte auch in Zukunft mit einer segmentierten und inkohärenten Politikgestaltung verbunden sein. Die Ebene der EU ist selber Ort postkeynesianischer-postkorporatistischer Staatlichkeit, und sie befördert diese Entwicklung über ihren Artikulationsmodus nationalstaatlicher Regulationsweisen auch in den Mitgliedstaaten. Die bestehende Integrationsweise mit ihrer „ökonomistischen“ Schlagseite verschärft die Probleme; und aufgrund ihrer institutionellen Grundstruktur ist die EU – dies zu zeigen war Ziel des Artikels – nur sehr beschränkt in der Lage, von einem Instrument der Deregulierung zu einem Instrument einer „Re-Regulierung“ verändert zu werden.

Ich teile Scharps Diagnose, dass sich die europäischen Demokratien ruinieren, „wenn die nationale Politik bei einer immer grösseren Zahl brennender Probleme nicht mehr handeln, sondern nur noch ‘europäische Lösungsformen’ fordern kann, während in Brüssel aus langwierigen Verhandlungen bestenfalls allseits unbefriedigende Kompromisse herauskommen, für die niemand die politische Verantwortung übernehmen will“ (Scharpf 1994, 17). Das „worst case“-Szenario der doppelten Blockade, nähmlich derjenigen der europäischen Integration aufgrund der wachsenden Heterogenität und grundsätzlicher Divergenzen und denjenigen progressiver nationalstaatlicher Reformen mit dem Argument der Standortkonkurrenz und der undifferenzierten Absage an sog. „Alleingänge“, ist nicht das unwahrscheinlichste.

Anmerkungen:

- 1 In seinem Artikel über „Aufstieg und Verfall kritischer Forschung über multinationale Unternehmen“ verweist Gerd Junne (1989) darauf, dass die europäischen Grossunternehmen ihr Image gerade durch die Rolle, die sie im Integrationsprozess übernahmen, verbessern konnten. Standen die europäischen Grossunternehmen Anfang der 1980er Jahre noch auf Kriegsfuss mit der EG-Kommission wegen der geplanten Vredeling-Richtlinie über Information und Konsultation von Arbeitnehmern, änderte sich dies mit der Einrichtung des Round Table of European Industrialists, der in Zusammenarbeit mit der EG-Kommission und mit spezieller Unterstützung durch die britische Regierung das

Binnenmarkt-Projekt ausarbeitete. Damit konnten sich die Grossunternehmen als „Motoren des europäischen Einigungsprozesses“ ausgeben, „was für die meisten Europäer mit positiven Assoziationen verbunden ist“ (Junne 1989, 405).

- 2 Das Positionspapier der Geschäftsleitung der SPS vom 12. Mai 1995 („Europa-Plattform“) ist in einem bestimmten Sinne Fortsetzung des Euro-Manifestes von 1991, indem nämlich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Nachteilen eines schweizerischen Alleinganges und nicht mit einer Analyse des Entwicklungspfades der EU und ihrer Reformierbarkeit (z.B. bezüglich Währungs- und Verteidigungsunion) argumentiert wird. Interessanterweise beziehen sich im neuen Positionspapier Reformvorschläge wieder viel stärker auf den Nationalstaat; betont wird einerseits der nationalstaatliche Spielraum bei der Umsetzung von EU-Recht und andererseits die Möglichkeiten EU-kompatibler nationaler Regelungen. Die „Reformen mittels EU“-Argumentation hat deutlich an Strahlkraft verloren. Reine Augenwischerei ist es hingegen, wenn suggeriert wird, dass durch die Einführung neuer Rechtsmittel in der Schweiz „die demokratischen Rechte von Volk und Parlament in ihrer Substanz und in ihrem Umfang“ erhaltbar seien (S.18).
- 3 Dieser Artikel ist kein Plädoyer für oder gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU, er ist ein Plädoyer dafür, die EU nicht als negative oder positive Projektionsfläche für die Erfordernisse Schweizer Politikstrategien zu nehmen. Es besteht meiner Ansicht nach noch erheblicher Analyse- und Diskussionsbedarf, bis auch nur ansatzweise die Gewichtung nationalstaatlicher und „europäischer“ Elemente in einer ökologisch-sozialen Politikstrategie vorgenommen werden kann. Meine Vermutungen gehen in die Richtung, dass dabei den (schrumpfenden) nationalstaatlichen politischen Möglichkeiten – ob man das schätzt oder nicht – bedeutend mehr Gewicht beizumessen sein wird, als dies in den gegenwärtigen euphorischen Projekten der Fall ist.
- 4 Auch Wessels (1992, 39) bemerkt, dass in der integrationstheoretischen Diskussion fast durchgängig Entwicklungen des westeuropäischen Staates in der Nachkriegszeit ausgebündet werden. Er führt dies zurück auf das zugrundeliegende Staatsverständnis, das einem „statischen Idealtyp der Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts“ verpflichtet sei.
- 5 Wie Streeck (1994, 11) richtig bemerkt, ist das Bauen von supranationalen Fassaden vor der realen intergouvernementalen Struktur der EU ein beträchtlicher Bestandteil Brüsseler Politik.
- 6 Neuere Schätzungen gehen von rund 800 Euro-Verbänden (europäische Dachverbände) sowie mehreren Tausend Unternehmens-, Regionen-, Handelskammern- und sonstigen Vertretungen, Consultants etc. aus (Nollert 1995).
- 7 Mazey/Richardson 1993; hier nach Héritier/Mingers/Knill/Becka 1994, 393.
- 8 Als Komitologie wird das (unübersichtliche) System der die Kommissionarbeit kontrollierenden/begleitenden Ausschüsse nationaler Experten bezeichnet (vgl. u.a. Falke 1993, 278, Eising/Kohler-Koch 1994, 193, Eichener/Voelzkow 1994, 272, 276).
- 9 Der westeuropäische Integrationsprozess ist bisher aus regulationstheoretischer Sicht nur am Rande thematisiert worden, was v.a. mit der Konzentration auf nationale Gesellschaftsformationen zusammenhängt; vgl. Hirsch 1993 und neuere Arbeiten der ‘Marburger Schule’ (Bieling/Deppe 1994, Lee 1994). Zur Einführung in die Regulationstheorie u.a. Hirsch/Roth 1986, Boyer 1986, Mahnkopf (Hg.) 1988, Hirsch 1990, Demirovic/Krebs/Sablowski (Hg.) 1992.
- 10 Dieser „Staatsumbau“ wurde beschrieben als „Funktionswandel vom Wohlfahrtsstaat zum Standortsstaat“ (Schöni 1994), als Entwicklung vom „fordistischen Sicherheitsstaat“ zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1994); vgl. Altvater 1995.
- 11 Die These eines „Strukturwandels der europäischen Integration“ kann hier nicht ausführlich dargestellt werden. Im Kern geht es dabei um den Umbau der EG-Integrationsweise von der Flankierung und Absicherung der fordristisch-keynesianischen nationalstaatlichen Entwicklungsweisen (50/60er Jahre) zu deren Flexibilisierung und Transformation seit den 1980er Jahren. Wichtige Etappen waren die Einrichtung des Europäischen

- Währungssystems und die Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofes im Fall ‘Cassis de Dijon’, beide 1979, sowie – ganz zentral – das „1992-Projekt“ 1983ff.
- 12 Daneben sind im Falle der nationalstaatlichen neokorporatistischen Systeme v.a. die starke politische Linke und/oder Christdemokratie und der Grad an Weltmarktintegration/Weltmarktabhängigkeit als Faktoren zu nennen (vgl. Nollert 1992).
 - 13 Auf den Fall der seit langem „vergemeinschafteten“ Agrarpolitik und die zugehörige Verbandsstruktur kann hier nicht eingegangen werden.
 - 14 Der Hinweis, dass dieser Anreiz auch auf nationaler Ebene nur sehr begrenzt vorhanden ist (v.a. im Austausch gegen Faktoren wie Friedenspflicht, spezifische Arbeitsmarktregelung etc.), ist richtig. Die These der „flexibilisierenden“ Funktion der EU betont aber in erster Linie die Bedeutung der europäischen Ebene für den Umbau der nationalstaatlichen Regulationsweisen, suggeriert nicht eine politische „Wahlmöglichkeit“ zwischen Regulierungsebenen.
 - 15 vgl. u.a. Siebert (Hg.) 1989, Platzer 1991, Grebing/Meyer (Hg.) 1992; Ebbinghaus/Visser 1994, Baumann 1995 (insb. S.53ff).

Literatur:

- Altvater, Elmar, 1995: Wettslauf ohne Sieger. Politische Gestaltung im Zeitalter der Geo-Ökonomie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.2, Bonn.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, 1993: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Münster.
- Bach, Maurizio, 1992: Eine leise Revolution durch Verwaltungsverfahren. Bürokratische Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft. In: Zeitschrift für Soziologie Heft 21
- Ders., 1993: Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft: Vom Zweckverband zum technokratischen Regime? In: 26. Deutscher Soziologentag. Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, Tagungsband II: Sektionen, Arbeits- und Ad hoc-Gruppen, Hg. H.Meulemann/A.Eltig-Camus. Opladen.
- Baumann, Hans, 1995: Von nationalstaatlichen zu europäischen Arbeitsbeziehungen? Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Dimension in Europa nach Maastricht: Das Beispiel der Bauwirtschaft, Basler Schriften zur europäischen Integration Nr.11. Basel.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank, 1994: Der Beitrag der „Regulationstheorie“ zur Integrationsforschung, Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Potsdam, unveröff. Ms.
- Bohley, Peter, 1993: Europäische Einheit, föderatives Prinzip und Währungsunion: Wurde in Maastricht der richtige Weg beschritten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1. Bonn.
- Bornschier, Volker/Fielder, Nicola, 1995: The Genesis of the Single European Act. Forces and Protagonists Behind the Relaunch of the EC in the 1980s: The Single Market, Paper presented to the 2. Conference of the European Sociological Association. Budapest.
- Boyer, Robert, 1986. La Théorie de la Régulation: Une Analyse Critique. Paris.
- Cameron, David R., 1992: The 1992 Initiative. Causes and Consequences. In: A.M. Sbragia (Hg.), Europopolitics. Institutions and Policymaking in the „New“ European Community. Washington.
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas, Hg., 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster.
- Deppe, Frank/Huffschmid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Hg.) 1990: 1992 -Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft. Köln.
- Ebbinghaus, Bernhard/Visser, Jelle, 1994: Barrieren und Wege „grenzenloser Solidarität“: Gewerkschaften und Europäische Integration. In: W.Streeck (Hg.): Staat und Verbände,

- Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 25. Opladen.
- Eichener, Volker/Voelzkow, Helmut, Hg., 1994: Europäische Integration und verbandliche Regulierung. Marburg.
- Dies., 1994: Ko-Evolution politisch-administrativer und verbandlicher Strukturen: Am Beispiel der technischen Harmonisierung des europäischen Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutzes. In: W.Streeck (Hg.): Staat und Verbände, Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 25. Opladen.
- Eising, Rainer/Kohler-Koch, Beate, 1994: Inflation und Zerfaserung: Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft“. In: W.Streeck (Hg.), Staat und Verbände, Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 25. Opladen.
- Falke, Josef, 1993: Von der Implementation zur Selbstimplementation? Zur Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten. In: 26. Deutscher Soziologentag. Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, Tagungsband II: Sektionen, Arbeits- und Ad hoc-Gruppen, Hg. H.Meulemann/A.Elting-Camus. Opladen.
- Franzmeyer, Franz, 1991: Der Binnenmarkt als ordnungs- und wirtschaftspolitische Strategie. Zum Verhältnis von Markt- und Politikintegration. In: M.Kreile (Hg.), Europa 1992: Konzeptionen, Strategien, Aussenwirkungen. Baden-Baden.
- Gerhards, Jürgen, 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie Heft 22
- Grebing, Helga/Meyer, Thomas (Hg.), 1992: Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft. Köln.
- Greenwood, Justin/Grote, Jürgen K./Ronit, Karsten, (Hg.), 1992: Organized Interests and the European Community. London.
- Grunert, Thomas, 1987: Decision-Making Process in the Steel Crisis Policy of the EEC: Neocorporatist or Integrationist Tendencies? In: Y.Meny/V.Wright (Hg.), The Politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984). Berlin/New York.
- Hagen, Kari, 1992: The Social Dimension: A. Quest for a European Welfare State. In: Z. Ferge/J.E. Kolberg (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Frankfurt/M./Boulder, Colorado.
- Héritier, Adrienne/Mingers, Susanne/Knill, Christoph/Becka, Martina, 1994: Staatlichkeit in Europa. Ein regulativer Wettbewerb: Deutschland, Grossbritannien und Frankreich in der Europäischen Union. Opladen.
- Hänsch, Klaus, 1989. Die auswärtige Innenpolitik. Zum Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft. In: H.Elsenhans/G.Junne/G.Kiersch/B.Pollmann (Hg.), Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura. Opladen.
- Hirsch, Joachim, 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg.
- Ders., 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument Heft 198, Hamburg.
- Ders., 1994: Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und ‘radikaler Reformismus’. In: Das Argument Heft 203. Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg.
- Huffschmid, Jörg, 1989: Das Binnenmarktprojekt '92 – Hintergründe und Stossrichtung. In: F.Deppe/J. Huffschmid, Jörg/K.-P. Weiner (Hg.), 1992 -Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft. Köln.
- Joerges, Christian, 1991: Markt ohne Staat? – Die Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft und die regulative Politik. In: R.Wildenmann. (Hg.), Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union. Baden-Baden.
- Junne, Gerd, 1989: Aufstieg und Verfall kritischer Forschung über multinationale Unternehmen. In: H.Elsenhans/G.Junne/G.Kiersch/B.Pollmann (Hg.), Frankreich – Europa – Welt-

- politik. Festschrift für Gilbert Ziebura. Opladen.
- Keohane, Robert/Hoffmann, Stanley, 1990: Conclusions: Community Politics and Institutional Change. In: W.Wallace (Hg.), *The Dynamics of European Integration*. London/New York.
- Dies., Hg., 1991: *The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change*. Boulder/San Francisco/Oxford.
- Kreile, Michael, 1989: Politische Dimensionen des europäischen Binnenmarktes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/25. Bonn.
- Lee, Ho-Geun, 1994: Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, FEG Arbeitspapier Nr.11. Marburg.
- Lepsius, M. Rainer, 1991a: Die Europäische Gemeinschaft; Rationalitätskriterien der Regimebildung. In: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages 1990, Hg. W.Zapf. Frankfurt/M.
- Ders., 1991b: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: R.Wildenmann (Hg.), *Staatsverdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*. Baden-Baden.
- Mahnkopf, Birgit (Hg.), 1988: *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*. Münster.
- Nollert, Michael, 1992: Interessenvermittlung und sozialer Konflikt. Über Bedingungen und Folgen neokorporatistischer Konfliktregelung. Pfaffenweiler.
- Ders., 1995: Interessenvermittlung in der Europäischen Union. Einflussmöglichkeiten und -praktiken von europäischen Interessenorganisationen in Brüssel. Ms. Trier.
- Platzer, Hans-Wolfgang, 1991: *Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? Die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre*. Bonn.
- Poulantzas, Nicos, 1973: *Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat*. Berlin.
- Ders., 1983: Forschungsnotiz über Staat und Gesellschaft. In: *Widerspruch Heft 5*. Zürich.
- Sandholtz, Wayne/Zysman, John, 1989: 1992: Recasting the European Bargain. In: *World Politics XLII* (1).
- Scharpf, Fritz, 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt/M.
- Ders., 1994: Autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich: Zur Logik der europäischen Mehrebenenpolitik. In: *Europa und die Schweiz. Referate der Vortragsreihe an der Universität Bern 1994*. Unterlagen zu Bildungsveranstaltungen des Eidgenössischen Personalamtes. Bern.
- Schneider, Volker/Werle, Raymund, 1989: Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft. In: B.Kohler-Koch (Hg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden.
- Schöni, Walter, 1992: Staat und Demokratie in der Neuordnung Europas. Eine Problematisierung zu europapolitischen Fragen. In: *Widerspruch Heft 23*. Zürich.
- Ders., 1994: Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung. In: *Widerspruch Heft 27*. Zürich.
- Schulzen, Thorsten, 1995: Auf dem Weg zu einem neuen transnationalen Unternehmenskorporatismus? Zum Verhältnis von Transnationalen Konzernen, nationalen Systemen der Arbeitsbeziehungen und sozialer Regulierung in Europa. In: *FEG Studie Nr. 5*. Marburg.
- Siebert, Gerd, Hg., 1989: Wenn der Binnenmarkt kommt... Neue Anforderungen an gewerkschaftliche Politik. Frankfurt/M.
- Streeck, Wolfgang, 1994: Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? Paper presented at a conference on European Law in Context: Constitutional Dimensions of European Economic Integration, European University Institute, Law Department, Florence, April 14-15.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C., 1991: From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market. In: *Politics and Society*, Heft 19. Wieder abgedruckt in: V.Eichener/H.Voelzkow (Hg.) 1994.

- Süss, Werner/Becher, Gerhard, (Hg.), 1993: Politik und Technologieentwicklung in Europa. Analysen ökonomisch-technischer und politischer Vermittlungen im Prozess der europäischen Integration, Berlin.
- Tömmel, Ingeborg, 1992: System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik. In: Die Integration Europas. Hg. M.Kreile, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23.
- Dies., 1994: Interessenartikulation und transnationale Politikkooperation im Rahmen der EU. In: V.Eichener/H.Voelzkow (Hg.), Europäische Integration und verbandliche Regulierung. Marburg.
- UNCTAD, 1994: World Investment Report. Transnational Corporations, Employment and the Workplace, United Nations, New York/Genf.
- VPOD, 1991: VPOD-Standpunkte. Gewerkschaftliche Stellungnahmen und prioritäre Forderungen, genehmigt am 39. Verbandstag 1991 in Davos.
- Wegner, Manfred, 1991: Die Entdeckung Europas. Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Ein Grundriss. Baden-Baden.
- Wessels, Wolfgang, 1992: Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Die Integration Europas. Hg. M.Kreile, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23.
- Windhoff-Héritier, Adrienne, 1993: Die Europäische Gemeinschaft als Faktor nationaler Politik: Hierarchierung oder Dezentrierung? In: W.Süss/G.Becher (Hg.), Politik und Technologieentwicklung in Europa. Analysen ökonomisch-technischer und politischer Vermittlungen im Prozess der europäischen Integration. Berlin.

Andere Zeiten

Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation

Andere Zeiten bietet

- **theoretische Analysen, aktuelle Berichte und Kommentare;**
- **Konzeptionen linksökologischer und radikalreformerischer Politik.**

In der aktuellen Ausgabe 6'94 schreiben u.a.:

Michael Jäger: „Ökokapital“?

Willi Brüggen: Ende der Arbeitsgesellschaft?

Frieder Otto Wolf: Neuerfindung der „nationalen Frage“ in der Linken?

Lühr Henken: Deutsche Atommachtambitionen

Ludger Volmer: Neubeginn im Osten

Jürgen Trittin: Opposition hat einen Namen: Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Ziller: Neue Verbündete finden

Bitte liefern Sie mir 2 aktuelle Ausgaben der *Anderen Zeiten* zum Kennenlernen für 10.- DM. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei.

Name	Straße	PLZ, Ort
------	--------	----------

Datum	Unterschrift
-------	--------------

*Andere Zeiten: c/o Rüdiger Brandt * Graefestraße 19 * 10967 Berlin*